



EXTRA

unsere-zeit.de
dkp.de

**Kommunistinnen
und Kommunisten
stellen sich zur
Wahl**

Seite 3

**Solidarität mit den
Gelbwesten – ge-
gen Polizeigewalt
und Repression**

Seite 7

unsere zeit

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)



Deine Stimme für den Widerstand

Die DKP kandidiert mit 37 KandidatInnen am 26. Mai zur EU-Wahl, um dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben. Auseinandersetzungen um die sozialen und demokratischen Rechte, der Kampf gegen Krieg und Hochrüstung werden nicht in den Parlamenten, sondern auf der Straße geführt. Deshalb geht es uns nicht allein darum, dass ihr der DKP am 26. Mai eure Stimme gebt. Uns geht es auch darum, dass ihr selber aktiv werdet gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau – für eure Rechte und Interessen!

Abrüsten statt Aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das wären 80 bis 85 Milliarden jährlich, die für Schulen, Kitas und Krankenhäuser fehlen. Dagegen richtet sich die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die bisher von mehr als 140 000 Menschen unterzeichnet wurde. Mach mit!

www.abruesten-jetzt

Nein zur EU!

Für ein soziales und friedliches Europa der Völker

Im EU-Wahljahr 2019 feiern sich die EU-Repräsentanten als Garanten für Frieden, Wohlstand und Demokratie.

Die Realität sieht anders aus: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen immer mehr den Alltag breiter Bevölkerungsteile, während eine superreiche Finanzelite – die Eigentümer der Banken und Konzerne – mit der EU ihre Profitsteigerungen sichern.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten halten dagegen: Soziale Rechte können nur GEGEN die EU verteidigt werden!

Kein Frieden in Europa mit der EU!

Die Politik der EU und ihrer führenden Staaten entlarvt das Gerede von einem friedlichen Europa durch die EU als Lüge. Das Gegenteil ist der Fall: Die EU im Schulterschluss mit der NATO ist die größte Gefahr für den Frieden in Europa!

Die aggressive Ausdehnung der EU nach Osteuropa war die Zündschnur für den anhaltenden Krieg in der Ukraine, den das von Faschisten durchgesetzte Putsch-Regime gegen das Volk führt. Unter dem Deckmantel einer gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik ist das eigentlich formulierte

Ziel der EU, auf einen Aggressionskurs mit Russland zu setzen und Europa zum NATO-Aufmarschgebiet auszubauen. In diesem Sinne sagen die Kommunisten: Frieden in Europa ist nur OHNE die EU möglich!

EU ist Fluchtverursacher!

Die Willkommenskultur-Propaganda der Merkel-Regierung war ein großes Ablenkungsmanöver. Abgelenkt wird davon, dass die EU Flucht- und Migrationsverursacher ist. Rüstungsexporte und Kriege im Schulterschluss mit

Weiter Seite 2

**26. Mai 2019
Kommunisten
wählen –
DKP wählen!**



der NATO, Wirtschaftssanktionen gegen Länder wie Syrien, wirtschaftliche Knebelverträge mit afrikanischen Staaten, die letztlich nur den Konzernen in der EU nutzen – das sind die Ursachen, warum immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen.

Innerhalb der EU führt das neoliberale Bekenntnis zum freien Verkehr von Waren, Kapital und Arbeitskräften dazu, dass Bundesregierung und Unternehmerverbände gezielt Lohnabhängige aus Süd- und Osteuropa anwerben,

um sie hier als Lohndrücker zu missbrauchen. Die Kommunisten sagen deshalb: Gegen Flucht- und Migrati-



onsursachen kämpfen, heißt GEGEN die EU kämpfen!

Die französischen Gelbwesten zeigen: So wie es ist, muss es nicht bleiben! Sie

wenden sich mit ihren sozialen und demokratischen Forderungen nicht nur gegen die französische Regierung, sondern gegen die EU der Macrons und Merckels. Für uns Kommunisten ist klar: Im Schulterschluss mit den Gelbwesten in Frankreich liegt der Schlüssel für ein Europa des Friedens, der Demokratie und des

sozialen Fortschritts!

Das zum Ausdruck zu bringen heißt: Am 26. Mai die Kommunisten wählen!

Vorsicht Fälschung: „Anti-EU-Partei“ AfD

Die AfD verkauft sich gerne als eine Protestpartei. Dazu gehört, dass sie versucht, die auch in der deutschen Bevölkerung zunehmend EU-skeptische Stimmung aufzugreifen. Doch inwieweit bietet die AfD wirklich eine Alternative zur EU?

Auf ihrem Europaparteitag in Riesa, im Januar dieses Jahres, hat sich die AfD grundsätzlich „zu der Idee eines Europa der Vaterländer“ bekannt, wozu „insbesondere ein möglichst ungehinderter Binnenmarkt“ gehöre. Sie steht also fest zu dem, was den Kern der EU ausmacht. Folglich warnt sie in ihrem Programm davor, dass die derzeitige Politik „die Geschäftsgrundlage der Verträge von Maastricht und Lissabon“ zerstöre, also jener Verträge, die den neoliberalen, antisozialen und militaristischen Charakter der EU festschreiben.

Wie sehen aber die „grundlegenden Reformansätze“ der AfD aus? Geht es hier etwa um einen Stopp des Sozialabbaus, der Privatisierungs- oder Aufrüstungspolitik? Weit gefehlt.



Die AfD setzt sich in ihrem Europawahlprogramm nicht nur für den Freihandel und offene Märkte ein, sondern fordert die „zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das 2-Prozent-Ziel der NATO“. Sogar was die Arbeitsmigration angeht, soll eine „stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung

von Arbeitskräften befördert werden“.

Neben ein bisschen Bürokratieabbau hier, Volksabstimmung da, geht es bei den „grundlegenden Reformansätzen“ vor allem um die Auflösung des EU-Parlaments. Der Europäische Rat oder die EU-Kommission hingegen, die die eigentlichen Entscheidungen in der EU treffen, sollen ausdrücklich nicht angetastet werden. Fazit: Das von der AfD angestrebte „Europa der Nationen“ ist keine soziale und demokratische Alternative zur EU, sondern verfolgt das Ziel einer im Sinne der Banken und Konzerne „effizienten“ Wirtschaftsunion, die vor allem der Freiheit des Kapital-, Waren- sowie Arbeitskräfteverkehrs Rechnung trägt und fest an der Seite der NATO steht.

Büchel dicht machen!

Die DKP unterstützt die Initiative „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ und ihre Kampagne „20 Wochen gegen US-Atombomben.“ Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern 20 US-Atomwaffen, die im Falle des Falles von Bundeswehrpiloten ausgeflogen und abgeworfen werden. Die DKP wird den Fliegerhorst vom 11. bis 14. Juli nicht nur besuchen, sondern blockieren. Die US-Atombomben müssen raus aus Deutschland!

www.buechel-atomwaffenfrei.de

Festival der Jugend in Köln

„Zeit für Widerstand!“ ist das Motto des Festivals der Jugend der SDAJ in Köln. Drei Tage Workshops, Podiumsdiskussionen und Vorträge und ein bombastisches Kultur- und Freizeitprogramm erwartet die Besucher vom 7. – 10. Juni im Kölner Jugendpark. Einfach vorbeischaun ist kostenlos – ein Ticket braucht nur, wer auf dem Festival campen will.

www.festival-der-jugend.de



Raus aus der NATO!

Frieden mit Russland!



11 von 37 Kandidatinnen und Kandidaten der DKP

Die DKP tritt am 26. Mai zur EU-Wahl an. Ihre 37 KandidatInnen sind aktiv in Betrieben und Gewerkschaften, der Kommunalpolitik und der antifaschistischen und Friedensbewegung in Ost und West. Hier eine kleine, aber feine Auswahl:

Alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dkp.de

Die Volksbegehren gegen den Pflegenotstand stärken den Kampf der Beschäftigten für mehr Personal. Sie haben unsere volle Unterstützung!



Olaf Harms, Spitzenkandidat der DKP, ver.di Hamburg



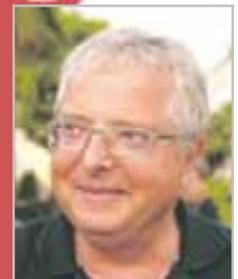
Robert Kühne, Schwerin, arbeitet im Callcenter



Katinka Manitzke, Oldenburg, Pflegehilfskraft



Lena Kreymann, Berlin, Bundesvorsitzende der SDAJ



Arnold Schölzel, Berlin, Vorsitzender des Rotfuchs e. V.

Der EU-Privatisierungsdruck macht krank! Lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dürfen nicht der Profitmacherei dienen.



Martina Lennartz, Gießen, Lehrerin



Markus Zieger, Erfurt, Altenpfleger

Für Jugendliche bedeutet die EU Perspektivlosigkeit. Verbesserungen können wir nur durchsetzen, wenn wir uns zusammenschließen und dafür kämpfen – in Schule und Betrieb!



Silvia Rölle, Mühlheim, Landessprecherin der VVN/BdA NRW



Lucas Zeise, Frankfurt am Main, Wirtschaftsjournalist

Die EU ist ein Instrument des deutschen Imperialismus zur Durchsetzung seiner Interessen. Sie steht für Krieg eng an der Seite der NATO und Ausbeutung.

Schuldenbremse und Fiskalpakt müssen weg! Sie sind dazu da, Regierungen und Kommunen daran zu hindern, Politik nach ihren Vorstellungen zu machen. Ihre „Budgethoheit“ wird ausgehebelt.



Monika Münch Steinbuch, aktiv im Bündnis Krankenhaus statt Fabrik



Hannes Meist, Feuchtwangen, Maschinenbauer

Die EU-Märchenstunde

Märchen 1:

Die EU sichert den Wohlstand für Deutschland

„Europa ist ein absolutes Gewinnerprojekt – gerade auch für Deutschland. Kein anderes Land hat von der europäischen Einigung und von der Erweiterung so profitiert wie wir.“ (Frank-Walter Steinmeier, Deutscher Bundespräsident)

Deutsche Großkonzerne und Superreiche haben tatsächlich sehr von der EU profitiert. Nicht umsonst finden sich die radikalsten EU-Anhänger, die alle EU-

Kritiker als Nationalisten verleumden, in ihren Reihen. Der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland hat



die EU keinen Wohlstand gebracht. Im Gegenteil: Wir haben es mit Kinder- und Altersarmut zu tun. Immer mehr Menschen werden vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, weil sie sich Bildung, Kultur und eine sinnvolle Freizeitgestaltung nicht leisten können.

Deutsche Regierungen von Kohl bis Merkel rechtfertigten mit der EU-Integration eine beispiellose Ausweitung von Lohndumping und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Von dem deutschen Niedriglohn-Exportmodell pro-

fitierten die Reichen, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Davon zeugen stagnierende Löhne und Renten sowie der andauernde Kahlschlag des Sozialsystems in diesem Land und das Ausbluten der südlichen EU-Staaten. Das Elend der Menschen in Griechenland ist wohl das beste Beispiel für die verheerenden Auswirkungen des EU-Fiskalpakts.

Deutschland gibt in der EU den Ton an und hat wesentlich dazu beigetragen, die EU-Verträge im Sinne des Kapitals zu gestalten. Die Struktur der EU lässt keinen Spielraum für fortschrittliche soziale Forderungen oder gar eine grundsätzliche sozial- und friedenspolitische Wende.

1998



Märchen 2:

Die EU ist ein Friedensprojekt

„Wir als Linke sind selbstverständlich eine Partei, die an die Tradition des Friedensprojekts Europa, an das große kulturelle Projekt anknüpfen will.“ (Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag)

Viele Menschen glauben der These, die EU sei ein Friedensprojekt. Das ist ein großer Irrtum. Die Ursprünge der EU gehen auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zurück. Es waren aber die deutschen Kohle- und Stahlmonopole, die zwei Weltkriege angezettelt haben.

In Westdeutschland gab es nie eine Abrechnung mit den wirtschaftlichen Kreisen, die den Faschismus an die Macht gebracht haben. Die sogenannten Eliten in der

Bundesrepublik sind dieselben wie im Jahr 1933. Sie lenken die Geschicke der EU zur Sicherung ihrer Interessen. Sollen sie plötzlich die Vorteile eines angeblichen Friedensprojekts entdeckt haben?

Die europäische Integration war von Anfang an gegen den sozialistischen Block gerichtet und eng mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Heute zeichnet sich die EU vor allem durch ihre aggressive antirussische und antichinesische Haltung aus. Die EU-Staaten haben, direkt oder indirekt, Kriege geführt in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien und der Ukraine.

Das neue Militärbündnis PESCO steht für die Aufrüstung der EU. Frankreich und Deutschland entwickeln gemeinsam Waffensysteme und deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren. Das alles zeigt: Die EU ist ein Kriegsbündnis.

2019



Märchen 3:

Die EU verteidigt die Freiheit

„Die europäische Wertegemeinschaft ist eine Gemeinschaft der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte, der sozial verpflichteten Marktwirtschaft und der kulturellen Vielfalt.“ (Roman Herzog, 2017 verstorbener Altbundespräsident)

Was für Werte die EU wirklich vertritt, wird deutlich, wenn man nach Frankreich schaut. Dort protestieren die Gelbwesten seit Monaten gegen die von Paris und der EU durchgepeitschte anti-soziale Politik. Sie fordern, dass wieder eine Politik gemacht wird, die auf die Belange der arbeitenden Bevölkerung eingeht.

Doch das Establishment schlägt brutal zurück. Aufgrund von exzessiver Po-

lizeigewalt kam es zu Tausenden Verletzten, Demonstranten verloren Augen und Hände.

Wie reagierte die EU auf die brutale Vorgehensweise der französischen Regierung, die die Freiheiten des Volkes mit Füßen tritt? Brüssel stellte sich hinter den europäischen Musterbubi Macron.

Die vier Grundfreiheiten der EU sind die Freiheit des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital.

Diese „Freiheiten“ dienen nicht den Menschen, sie sind die Ursache für verschärfte Ausbeutung von Arbeitskräften, für Armut und Elend der Bevölkerung unter anderem in Griechenland, Italien und Spanien.



Der Wahlkampf kostet Geld!

Unterstütze das linke „Nein zur EU“ mit Deiner Spende:

**DKP-Parteivorstand
GLS-Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306
0967 4002 4875 01
Stichwort:
EU-Wahlkampf**



Märchen 4:

Die EU hat die Grenzen abgeschafft

„Offene Grenzen, das ist Europa – wir dürfen diese Grundlage nicht zerstören.“ (Ska Keller, Spitzenkandidatin der Grünen zum EU-Parlament)

Die EU schuf in der Tat einen relativ grenzenlosen Raum – und zwar für das Kapital und, im eingeschränkteren Rahmen, für Arbeitskräfte der EU. Was anfangs gerne als Interesse



aller EU-Staaten dargestellt wurde, entpuppte sich mit der Finanzkrise zunehmend als alleiniger Vorteil der nördlichen exportstarken Industriestaaten, allen

voran Deutschlands. Die wirtschaftliche „Freiheit“, zusammen mit den finanzpolitischen Druckmitteln

der Eurozone und den politischen Kräften der EU, ermöglichen es Deutschland, die schwächeren südlichen Staaten wie koloniale Absatzmärkte zu behandeln.

Die Kehrseite ist die gesellschaftlich zerstörerische Emigrationswelle in den ärmeren EU-Staaten, etwa in Ost- und Südeuropa. Die migrierten Arbeitskräfte werden in den Aufnahmestaaten schamlos ausgebeutet.

Sie arbeiten für die geringsten Löhne, haben die schlechtesten Arbeitsbedingungen mit oft illegalen oder halblegalen Arbeitsverhältnissen und keine rechtlichen Möglichkeiten, sich zu wehren.



50 Jahre UZ Unsere Zeit

Wir laden ein zu einem Streifzug unter dem Titel

„Von Edelfedern, Phrasendreschern und Schmierfinken“, gestaltet von Rolf Becker, Erich Schaffner und Jane Zahn

Mit Texten von Balzac über Heine, von Kraus über Tucholsky bis Brecht und einigen anderen, die sich über das Zeitungsgewerbe, die Journalisten und die Leser spöttisch und despektierlich, ironisch und nachdenklich geäußert haben.

**Es spricht Patrik Köbele,
Vorsitzender der DKP
Sonntag, 19. Mai 2019,
Oberhausen –**

Zentrum Altenberg,
Industriedenkmal, Nähe Hbf
Beginn 11.30 Uhr – Ende 14.30 Uhr
Eintritt: 12 Euro, ermäßigt 6 Euro

Anmeldung erwünscht über
redaktion@unsere-zeit.de

Hände weg von Venezuela!



EU missachtet Völkerrecht

Nicht erst seit der Selbster-nennung des Putschisten Juan Guaidó zum „Übergangspräsidenten“ ist Venezuela im Fadenkreuz des Imperialismus. Seit dem Beginn der Bolivarischen Revolution mit der Wahl Hugo Chávez' zum Präsidenten Venezuelas vor 20 Jahren ist das fortschrittliche Projekt den Herrschenden ein Dorn im Auge. Nicht nur in den USA, sondern auch in der EU und in Deutschland.

Sie wollen die Verfügungsgewalt über das venezolanische Öl, sie wollen die Profite, die daraus entstehen, sie wollen ein weiteres Beispiel für eine gerechtere

Gesellschaft verhindern, das Schulle machen könnten. Deshalb haben sie – der deutsche Außenminister Heiko Maas vorneweg – den Putschisten Guaidó gegen geltendes Völkerrecht als „Übergangspräsidenten“ anerkannt.



Vor der Wahl von Chávez waren 60 Prozent der Bevölkerung Venezuelas arm, 25 Prozent lebten sogar in extremer Armut, während eine kleine Elite sich an den natürlichen Ressourcen des Landes bereicherte.

Mit der Bolivarischen Revolution sollte sich das ändern. Die Ölfelder wurden verstaatlicht, Gesetze zur Bodenreform zu Ungunsten der Großgrundbesitzer erlassen und zum Beispiel die Rechte von Frauen in die Verfassung aufgenommen.

Regime-Change für Profite

Um ihre Profite zu sichern und zu verhindern, dass Venezuela Schule macht, ist das Land mit umfangreichen Sanktionen belegt und ausgeblutet worden.

Das Volk Venezuelas wird in Geiselnhaft genommen, um den rechtmäßig gewählten Präsidenten loszuwerden. Das ist die Regime-Change-Politik des Westens, die zur Not mit Waffengewalt und Krieg durchgesetzt wird.

Das Beispiel Venezuela offenbart fast nebenbei auch das Demokratieverständnis innerhalb der EU: Mehrere EU-Staaten haben den Putschisten Guaidó nicht anerkannt, Italien hat sogar ein Veto gegen die Anerkennung eingelegt. Dennoch gilt seine Anerkennung als EU-Meinung. Es zählt die Meinung der führenden EU-Staaten Deutschland und Frankreich.

Demokratie made in EU:

Beispiel Britannien

Beim Referendum im Juni 2016 haben 17,4 Millionen Menschen mit einem Vorsprung von einer Million Stimmen für den Austritt Britanniens aus der Europäischen Union gestimmt. Seitdem stellt die EU nicht zu erfüllende Bedingungen für den Austritt. Alles soll auf das hinauslaufen, was in sogenannten Demokratien immer passiert, wenn das Volk sich verwählt hat: eine zweite Abstimmung.

Beispiel Italien

Die gewählte Regierung eines Landes kann sich selbst einen Haushalt geben? Nicht in der EU. Da gilt die Souveränität eines Landes nichts mehr, der Haushalt muss genehmigt werden. Wenn die Neuverschuldung wie in Italien zu hoch ist, wird er das eben nicht. Schöner Nebeneffekt: Regierungen können behaupten, sie würden ja gern mehr für Soziales ausgeben, die EU binde ihnen aber die Hände.

Beispiel Polen

Das Land soll „entkommuniziert“ werden. Die Kommunistische Partei Polens soll verboten werden, ihre Mitglieder stehen immer wieder vor Gericht, Straßen dürfen nicht mehr an die Geschichte der Arbeiterbewegung erinnern, Denkmäler – auch zum Sieg über den Faschismus – werden abgerissen. Nichts soll daran erinnern, dass es auch in Europa eine Alternative zum Kapitalismus gegeben hat.

Solidarität mit den Gelbwesten!

Es geht um die nackte Existenz

Seit Monaten demonstrieren in Frankreich hunderte tausende Bürger gegen die antisoziale Politik des Präsidenten Emmanuel Macron. Die Regierung antwortet mit extremer Polizeigewalt, Diffamierung und angeblichem Bürgerdialog hinter verschlossenen Türen.

Auslöser der Proteste in Frankreich war eine angebliche Öko-Steuer auf Kraftstoff. Diese zusätzliche Belastung hätte für Millionen eine Verschlechterung ihres über die letzten Jahrzehnte sinkenden Lebensstandards bedeutet. Die Regierung wollte



das Volk noch weiter ausquetschen, um den Großkonzernen im Kampf um Absatzmärkte einen Vorsprung zu sichern.

Für viele Franzosen geht es um die nackte Existenz. Aufgrund der aktuellen Schwäche von fortschrittli-



chen Kräften war es nur natürlich, dass sich der Unmut der Franzosen als spontaner Ausbruch des Volkszorns äußerte.

Die Forderungen der Demonstranten weisen auf den grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit hin: Eine progressivere Einkommenssteuer, ein höherer Mindestlohn, ein einheitliches, gerechtes Sozialsystem für alle, ein Ende der Sparpolitik, bezahlbare Mieten. Die Forderungen spiegeln wider, dass die Profitgier der Großkonzerne im Widerspruch steht zur großen

Massen der Bevölkerung insgesamt. So fordern die Gelbwesten auch Entlassungen für Selbstständige und die Förderung von Kleinunternehmen.

Dem Kampf der Monopole um die höchstmöglichen Profite ist kein Ende gesetzt. Auch in Deutschland werden der Agenda 2010 weitere antisoziale Programme folgen. So fordern die Unternehmer schon jetzt, wie in Österreich, die Höchst Arbeitszeit auf 12 Stunden zu erhöhen.

Sprechen wir also auch in Deutschland Französisch mit dem Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber!



Weitere Informationen anfordern!

Ich möchte (bitte ankreuzen!):

- Das DKP-Programm zur EU-Wahl
- Mehr Informationen über die DKP (Parteiprogramm / Flyer)
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Die UZ – Wochenzeitung der DKP – kennenlernen
6-Wochen-Probeabo / kostenlos
(Zeitung & Online-Ausgabe):
Die Lieferung endet automatisch

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

DKP

Gesundheit als Ware? Das ist doch krank!

„Europa 2020“ heißt Privatisierung

Europa 2020 klingt nicht nur genauso bedrohlich wie Agenda 2010, sondern ist es auch. Im Lissabon-Vertrag von 2009 hat sich die EU dem Wettbewerb und der Förderung des Binnenmarktes verschrieben. „Europa 2020“ will auch das Gesundheitswesen und die Sozialen Dienste für den Binnenmarkt und den Wettbewerb öffnen. Das heißt im Klartext: Gesundheit wird zur Ware.

Die EU steht für die Privatisierung von Krankenhäusern. Leistungen der Daseinsversorgung sind



öffentlich auszuschreiben und werden an den billigsten Anbieter vergeben. Die Gewerkschaften haben zum Teil Ausnahmen bei Gesundheitsdiensten, vor allem dem Rettungsdienst, durchsetzen können. Doch die EU-Kommission lässt nicht locker und ringt um den „Binnenmarkt“ unter Einschluss der Gesundheits-, Pflege- und Sozialdienstleistungen.

Privatisierungen bedeuten Stellenabbau, verlängerte Arbeitszeiten und Lohndumping. Das ist nicht nur lebensgefährlich, es kostet auch Leben.

Über die skandalösen Zustände in deutschen Kliniken klärt der Film „Der marktgerechte Patient“ auf (der-marktgerechte-patient.org).

Mehr von uns ist besser für alle

PflegerInnen, Krankenschwestern, ÄrztInnen und PatientInnen und ihre Angehörigen brauchen das Gegenteil. Sie brauchen mehr Personal, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten.

Deshalb unterstützt die DKP die Beschäftigten in ihrem Kampf um Personalbemessung und die Volksbegehren in verschiedenen Bundesländern.

HALTUNG ZEIGEN. ÜBERALL.

uzshop.de



14,90 Euro

T-Shirt – Herren / Damen / Kinder
„Friedenstaube“
blau, XS – 3XL



24,90 Euro

Kapuzenpullover
„Nie wieder Faschismus –
Nie wieder Krieg!“
schwarz oder oliv, XS – 4XL



14,90 Euro

T-Shirt – Damen oder Herren
„Antifaschistische Aktion“
schwarz, XS – 4XL

uzshop.de / E-Mail: shop@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 17788923, Fax: - 28